Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Wien, 21. Febr. Der russische Botschafter Lobanow theilte gestern mündlich die russischen, auf die Ausführung des Prinzen Ferdinand von Koburg bezüglichen Wünsche mit, übergab jedoch keine formulirten Vorschläge.

Brüssel, 21. Febr. Die Regierung wird in der heutigen Kammersitzung einen größeren Militär-Credit beanspruchen. — Man spricht hier von der bevorstehenden Abberufung des belgischen Gesandten am Berliner Hofe, Grafen van der Straten-Ponthoz.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl. — Dresden, 1888.

Meyer's Schlafröcke, Joppen, Sacco's in allen Arten und Preisen. Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstrasse 4 u. 5.

Neueste Börsen-Telegramme.

Stettin, 21. Febr. (Getreidem.) Weizen unv., loco 15[illegible]—164, April-Mai 16[illegible], Juni-Juli 170,00. Roggen unv., loco 100—111, April-Mai [illegible], Juni-Juli 120,50. Pommerscher Hafer loco 102—106. Rüböl unverändert, Februar 44,70, April-Mai 45,[illegible]. Spiritus flau, loco ohne Faß versteuert [illegible], mit 50 M. Konsumsteuer [illegible], mit 70 M. Konsumsteuer [illegible], April-Mai [illegible]. Petroleum loco verzoll 12,50.

Breslau, 21. Febr. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Ltr. [illegible] [illegible]. Weizen [illegible]. [illegible] [illegible]. — Wetter: Kalt.

Valentines Meat Juice,
amerikanischer Fleischsaft, für Kranke höchst werthvoll.
Kgl. Hofapotheke Dresden,
Flasche am Georgenthor. 4 Mark.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon Nr. 389.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Theater- und Maskengarderobe-Magazin I. Ranges von **Math. Klemich,** Wilsdrufferstraße 17, II. und III. Et.
Dominos nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben.
Costumes auf Wunsch nach Maass. Versandt nach auswärts prompt.

Nr. 53. Spiegel: Bulgarien und die Großmächte. Bekämpfung der Umsturzparteien und Arbeiterschutz. Landtagsverhandlungen. Schwauß-Jubiläum. Königspaar in Leipzig. Schwurgericht. Concert des Lehrergesangvereins. **Mittwoch, 22. Februar.**

Für den Monat März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13**, zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserl. Postanstalten im deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in der Oesterr.-Ungar. Monarchie zu 77 Kr. excl. Agiozuschlag angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

„Meinungsaustausch" über die bulgarische Frage — unter diesem Stichwort faßt man die augenblickliche politische Lage zusammen. Im gewöhnlichen Leben kann man nur Das austauschen, was man besitzt. Besitzen denn aber die Diplomaten eine Meinung über Das, was in Bulgarien zu geschehen hat? Höchstens haben sie eine Meinung über Das, was dort nicht geschehen solle. Gleichviel, der Meinungsaustausch ist im Gange. An sich ist Das ein Gewinn. Das Eis der Zurückhaltung ist gebrochen und in's Treiben gerathen. Rußland bricht sein langes Schweigen und ladet die Großmächte, deren Namen unter dem Berliner Vertrage stehen, ein, mit ihm einen diplomatischen Schritt zu thun. Der als „sehr maßvoll" bezeichnete russische Vorschlag geht dahin, die Großmächte sollen dem Sultan, als dem Lehnsherrn Bulgariens, erklären: Die Besitzergreifung des Bulgarenthrons durch den Prinzen Ferdinand sei ungesetzmäßig und vertragswidrig. Ob sich nun alle Mächte diesem russischen Vorschlage anschließen werden? Von Deutschland und Frankreich steht dies fest. Sie brauchen nur zu wiederholen, was sie früher erklärt haben: Prinz Ferdinand habe in Bulgarien Nichts zu suchen. Oesterreich wird wahrscheinlich einen ähnlichen Ausspruch thun. Zweifelhafter ist dies schon von England und Italien, welche nicht gern den Coburger opfern möchten. Aber auch diese Mächte können nicht leugnen, daß, wennschon die Wahl Ferdinands zum Fürsten verfassungsgemäß vor sich ging, doch ihm Eines abgeht: seine Fürstenwahl ist nicht von allen Mächten gebilligt worden, was doch der Berliner Vertrag verlangt. Ueber eine derartige Erklärung also, daß der Coburger unrechtmäßigerweise auf dem Bulgarenthrone sitze, läßt sich also recht gut die Einstimmigkeit aller Mächte erzielen. Was fängt nun der Sultan mit einer solchen Erklärung an? Er befördert sie nach Sofia zu dem Prinzen Ferdinand. Gern thut es der Sultan gewiß nicht. Die Fürstenherrlichkeit Ferdinands und der gegenwärtige Stand der Dinge in Bulgarien überhaupt belästigt den Sultan nicht im Mindesten. Ihn plagen weit näher liegende Sorgen, als der Wunsch, seine vertragsmäßigen Rechte über Bulgarien und Ostrumelien zur Geltung zu bringen. Rußland wühlt in Armenien und Kleinasien überhaupt, französische Agenten durchziehen Syrien und machen diese halbchristliche Provinz widerspenstig. Ginge es nach dem Sultan, so würde er alle seine Kräfte zur Abhilfe dieser seiner eigenen Noth viel lieber anspannen, als Etwas thun, was ihm schließlich doch die Russen nach Bulgarien, also in bedrohliche Nähe lockt. Nichts Angenehmeres könnte also dem Sultan geschehen, als daß eine solche einmüthige Erklärung Europas von der Vertragswidrigkeit des Coburg'schen Augenblicksthrons in Bulgarien nicht zu Stande käme. Weigert nur eine Macht seine Unterschrift, dann hat ja die Pforte den allerschönsten Vorwand, den Antrag der übrigen Mächten abzulehnen und in ihrer „meisterhaften Unthätigkeit" zu verharren.

Doch angenommen, es erscheint eines schönen Tags ein großherrlicher Abgesandter in Sofia, der den Bulgaren sagt: Euer von Euch gewählter Fürst hat hierzulande Nichts zu schaffen. Werden sie dann Ferdinanden zur Abreise zwingen? Viel Lust dazu werden sie kaum verspüren. Denn die jetzigen Zustände sind ja leidlich. Aber undenkbar ist's ja nicht, daß die Bulgaren, die ihren abgöttisch geliebten Alexander fallen ließen, auch mit dessen dürftigem Ersatzmanne Ferdinand nicht viel Federlesen machen und einen neuen Fürsten wählen. Hat Rußland einen solchen schon bereit? Wer ist es? Billigen alle Mächte seine Wahl? Die Bulgaren würden schon ducken, sobald sie inne werden, daß eine Macht vorhanden ist, den Wünschen Europas Geltung zu verschaffen. Das könnte nur Rußland sein. Ein bewaffnetes Einschreiten Rußlands in Bulgarien stünde also im Hintergrunde des jetzt eingeleiteten diplomatischen Meinungsaustausches. Das wird freilich ganz entschieden von Rußland selbst bestritten. Man versichert ernstlich, nicht einmal die Absetzung des Coburgers solle vom Sultan gefordert werden. Rußland bringe keinerlei Zwangsmaßregeln in Vorschlag und verlange Nichts, als daß die Großmächte einstimmig durch den Sultan dem Coburger den wohlgemeinten Rathschlag ertheilen, Bulgarien zu verlassen. Die weitere Entwickelung warte Rußland in Geduld ab. Beschränkt sich Rußland wirklich blos darauf, eine unzweideutige Kundgebung Europas zur Verurtheilung der vertragswidrigen Lage der Dinge in Bulgarien herbeizuführen — dann läßt sich dem russischen Vorschlage weder Vorsicht noch Maßhalten absprechen. Ob er aber zum Ziele führt, d. h. den Prinzen Ferdinand zum Verlassen des Landes treibt und was dann zu geschehen hat, das ist die Sorge künftiger Tage. Einstweilen erkennen die Großmächte den guten Willen Rußlands, nicht einseitig, sondern gemeinsam vorzugehen, an. Das ist schon ein Vortheil, er bestärkt die Aussichten auf friedliche Erledigung. Führt der Vorschlag zu keinem praktischen Ergebniß, nun, so ist wenigstens keine Verschlimmerung eingetreten.

Mit der Kenntnißnahme der bundesräthlichen Denkschrift über die Handhabung des kleinen Belagerungszustandes in Offenbach ist für den jetzigen Reichstag das Thema der Maßregeln zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Genüge, ja zum Ueberdruß durchgesprochen. Es ist aber eine erfreuliche Wahrnehmung, daß immer weitere Kreise die Erkenntniß durchdringt, daß die Bekämpfung der Umsturzpartei in Zukunft nicht allein der Polizei überlassen werden darf. Gerade die conservative Presse dringt im Namen ihrer Partei mit verstärktem Nachdruck darauf, daß es Pflicht des Staats ist, nicht nur die Gewalt reden zu lassen, sondern auch die Liebe. Man darf die Arbeiterbewegung nicht blos als eine politisch-revolutionäre betrachten — hierfür sind die schärfsten Abwehrwaffen die besten —; sie erscheint in ihrem Kerne auch als eine auf die wirthschaftliche Lage der Massen gerichtete. Der Abg. v. Kleist-Retzow vertrat diesen Standpunkt mit außerordentlicher Kraft und Wärme; der sächs. Abg. Gehlert unterschied sehr scharf zwischen den revolutionären Handlungen der sozialdemokratischen Führer und dem Streben der arbeitenden Klassen auf Hebung ihrer Lebenslage. Abg. Gehlert pries daher mit beredten Worten die sozialreformatorischen Absichten der kaiserlichen Botschaft; das deutsche Kaiserthum hat die hohe, weltgeschichtliche Aufgabe, der Anwalt der Bedrängten, der Förderer der wirthschaftlich Schwachen, ihr Befreier aus dem Joche des unbarmherzigen Kapitalismus, ihr Führer nach einer höheren Lebensstufe zu sein. Seit zehn Jahren ist in Deutschland an sozialen Reformen Manches geschehen, mehr als sonstwo in der Welt. Aber das Beste fehlt noch, d. h. eben der Schutz gegen unnachsichtige Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft, also des werthvollsten und oft des einzigen Kapitals, das der Arbeiter sein eigen nennt. Wenn es möglich ist, daß in Deutschland an einzelnen Sonntagen 16 Stunden gearbeitet werden darf, um den Geschäftsgewinn zu vermehren, so genügt das allein, um den ungeheuren Mißbrauch des kapitalistischen Uebergewichts, als durch keine gesetzliche Schranke gehemmt, klar zu machen. Wie oft ist schon über diese Dinge im Reichstage gesprochen, wie viel Treffliches in conservativen, arbeiterfreundlichen Zeitungen geschrieben worden! Wie wenig hat man noch erreicht! Noch immer besitzen die Großindustriellen das Ohr des Reichskanzlers und sie wissen ihm vorzustellen, daß Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Schutz der gesunden Gliedmaßen und der Gesundheit des Arbeiters überhaupt und die Sonntagsruhe nachtheilig sei für die deutsche Industrie und sie concurrenzunfähig gegen das Ausland mache. Das gerade Gegentheil ist der Fall! Es verdient daher Anerkennung, daß sich die Conservativen und das Centrum durch die große Gleichgültigkeit der Reichsregierung gegen den Arbeiterschutz nicht abhalten lassen, immer wieder auf Inangriffnahme desselben zu bestehen. Die Commission zur Berathung des Antrags Hitze-Lieber wegen der Sonntagsruhe hielt ihre erste Sitzung. Man wünschte zunächst Auskunft darüber, ob die Regierung geneigt ist, die Arbeiten der Commission wohlwollend zu unterstützen, oder ob sie sich überhaupt im Prinzip diesen Bestrebungen gegenüber ablehnend verhält? Geh. Rath Lohmann erwiedert, daß er nicht ermächtigt sei, nach der einen, oder anderen Seite eine bestimmte Erklärung abzugeben. Abg. Dr. Lieber bedauert diese Stellungnahme der verbündeten Regierungen, doch dürfe sich hierdurch die Commission nicht abhalten lassen, den Antrag eingehend durchzuberathen, da sie das ihr vom Reichstage gegebene Mandat zu erfüllen habe. Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) glaubt, daß die Regierung jedenfalls besser in der Lage sei, eine Vorlage über die vorliegende Frage auszuarbeiten, als es durch die Commission geschehen könne. Abg. Dr. Kropatscheck (cons.) pflichtet dieser Ansicht bei. Da aber die Regierung bis jetzt noch immer nicht eine bestimmte Stellung zur Frage eingenommen habe, müsse eben die Commission den Antrag durchberathen. Diese Pflicht müsse sie erfüllen, selbst auf die Gefahr hin, daß hinterher die Regierung einfach erklärt, dem vom Reichstage angenommenen Gesetze nicht zustimmen zu können. Abg. Dr. Lieber: Nachdem der Reichskanzler wiederholt über gewisse Vorlagen eine Quittung des Reichstages verlangt habe, möge auch der Reichstag von den verbündeten Regierungen eine bestimmte Quittung einfordern, also einfach ein Gesetz beschließen; dann werde die Regierung einen Bescheid ertheilen müssen. Hierauf wurde ohne Weiteres der zur Durchführung der Sonntagsruhe bestimmte neue Paragraph der Gewerbeordnung angenommen und zwar mit großer Mehrheit. Die Einzelheiten sind in der „Tagesgeschichte" aufgeführt. Bundesrath, werde weich! Wie leicht ließe sich hier Abhilfe schaffen! Nur ein geringer Erfolg und das Bild der sozialen Bewegung würde sich gar bald freundlicher, friedlicher gestalten.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 21. Febr.

Berlin. Der „Nat.-Ztg." wird aus San Remo gemeldet: Der Schlaf des Kronprinzen war in der letzten Nacht besser. Gestern blieb derselbe 10 Stunden außerhalb des Bettes, und es fand eine Untersuchung des Kehlkopfes mittelst des Kehlkopfspiegels statt, woran sämmtliche Aerzte theilnahmen. Der Eingang des Kehlkopfes ist freier geworden, wahrscheinlich infolge des geschwundenen Zerfalls der rechtsseitigen Geschwulst. Ueber die Diagnose fand keine Erörterung statt, da dieselbe auf die Behandlung einflußlos wäre. Alle Meldungen über die Anwendung einer nicht passenden Canüle sind unrichtig. Der Auswurf rührt nicht von dem Reize der Canüle her.

Berlin. Der Reichstag genehmigte in zweiter Lesung den Ergänzungsetat für Zwecke des Reichsheeres und setzte den Etat der Postverwaltung fort. Die Kommission beantragt die Streichung von 76,500 Mk. als erste Rate für das neue Postgebäude in Wurzen. Abg. Ackermann befürwortete eingehend die Bewilligung, ebenso v. Friesen. Die Position wird gestrichen. Bei der Einnahme erwiedert Staatssekretär Stephan auf eine Anfrage Schultz-Lupitz, er hoffe, daß es möglich sein werde, die Telegramm-Bestellgebühren auf dem Lande von 80 auf 60 Pfg. herabsetzen zu können. Die Herabsetzung der Packetbestellgebühr hänge von der Vermehrung der Zahl der Postpackete auf dem Lande ab. Auf die Anfrage des Fürsten Hatzfeldt erwiedert Staatssekr. Stephan, daß der Haupttheil der für England bestimmten Postsendungen über Vlissingen gehe. Die Expedition über Calais würde der Pünktlichkeit der Sendungen Abbruch thun. Der Postetat wird angenommen. — Der Etat der Reichsdruckerei wird ebenfalls debattelos angenommen. Zu dem Etat der Zölle beantragen v. Wedell-Malchow und Dr. Frege eine Enquete über die Wirksamkeit und Konkurrenz der Zölle auf Oelfrüchte und Oele zur Feststellung, ob die Erhöhung resp. Abänderung der Zollsätze nicht geboten sei. Abg. Bröml (freis.) beklagt, daß die Beschwerden über den Petroleumfaßzoll noch immer unberücksichtigt sind. Der Reichstag habe noch keinen Bescheid bekommen, während jedem Privatmanne auf seine Anfrage seitens der Behörden Bescheid würde. Die Frage der Vergütung auf Zucker und Cacao sei noch immer nicht geregelt. Reichsschatzamts-Direktor Aschenborn erwiedert, daß der Reichstag nicht von Beamten, sondern vom Bundesrath Antwort auf seine Beschwerden zu erwarten habe. Die Frage der Vergütung des Zolles auf Zucker und Cacao sei eine sehr schwierige, dürfte aber bald der Lösung entgegensehen. Abg. v. Wedell-Malchow begründet den Antrag unter dem Hinweis auf den Rückgang der Oel-Industrie infolge der Konkurrenz Amerikas. Die Buttereinfuhr sei zurückgegangen, wahrscheinlich, weil aus Amerika die Butter unter dem Namen Oleomargarin in großen Quantitäten eingeführt werde. Aschenborn erwiedert, daß diese Annahme nach seinen Erfahrungen unbegründet sei. Abg. Struckmann bedauert die Beunruhigung der Oel-Industrie durch den Antrag und bittet um Auskunft, wie sich der Bundesrath zu dem Wunsche des Reichstages auf Errichtung einer Kommission für Zollstreitigkeiten stelle. Dir. Aschenborn erwiedert, daß der Bundesrath solche Kommissionen nicht für angezeigt erachte. Abg. Barth ist für die Ablehnung der Resolution. Man spreche immer nur von den Interessen der Landwirthschaft, die Interessen der Konsumenten würden nicht berücksichtigt. Abg. Hüne erklärt, das Centrum werde für die Resolution stimmen, ohne sich damit materiell zu binden. Staatssekretär v. Bötticher erwiedert Bröml, daß das Verfahren des Bundesrathes ganz verfassungsmäßig sei. Ueberweise der Bundesrath die Resolution dem Reichskanzler, so heiße das implicite, daß der Bundesrath der Resolution nicht beigetreten sei. Abg. Wörmann ist gegen die Oelzoll-Erhöhung. Die Abstimmung über die Resolution erfolgt in dritter Lesung. Der Etat der Zölle wird genehmigt. Beim Etat Tabaksteuer wünscht Frhr. v. Ow eine größere Berücksichtigung der kleinen Tabaksbauern durch die Gesetzgebung, ebenso Abg. Böckel, der die Judenfrage streift und deshalb mehrfach zur Sache gerufen wird. Die Tabaksteuer wird angenommen. — Morgen Anträge: Munckel-Rintelen.

Berlin. Die Reichstagskommission zur Vorberathung des Antrages auf Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide wird die Generaldebatte erst heute Abend zu Ende führen. Die Mehrheit der Kommission ist für Aufhebung des Identitätsnachweises, wenn auch unter anderen Modalitäten, wie sie der Antrag vorschlägt. — Das Abgeordnetenhaus berieth heute die sogenannte Sekundärbahnvorlage. Es waren ca. 30 Redner zum Worte gemeldet, die, soweit sie dazu kamen, durchweg lokale Wünsche vortrugen. Minister Maybach erwiederte, er hätte ja gern noch mehr Wünsche berücksichtigt; wenn Gott den Frieden erhalte, werde es hoffentlich möglich sein, diese Wünsche noch zu befriedigen.

Paris. Der Ministerrath beschloß die Reducirung des vom Minister des Innern verlangten Kredites von 1,600,000 Frcs. seitens der Kammer nicht zuzulassen. — In der heutigen Verhandlung des Prozesses Wilson konstatirte der Staatsanwalt die thatsächliche Käuflichkeit Wilson's. Die Handlungsweise erscheine um so unmoralischer, als er Politiker sei und seine verwerfliche Thätigkeit im Elysee betrieb.

London. Durch das Erdbeben in Yanan (Stadt in den französischen Besitzungen in Vorderindien) sind 2000 Menschen getödtet worden. — Chermside Pascha ist von seinem Posten in der englischen Armee zurückgetreten.

Berlin. Die Vorbörse war matt. Die Course gaben auf angeblich ungünstige politische Nachrichten von Wien nach. Bei Beginn der Börse befestigte sich die Haltung. Das Geschäft war fortgesetzt innerhalb enger Grenzen, die Spekulation zurückhaltend. Deutsche spekulative Bahnen waren besser, nur Marienburger schwächer. Oesterreichische Bahnen waren auf die durch Schneeverwehungen verursachten Betriebsunterbrechungen schwach, Schweizer Bahnen geschäftslos, Bergwerke angeboten. Der spätere Verlauf veranlaßte einen ununterbrochenen Rückgang der russischen Fonds, der Rubelnoten und weitere Rückgänge. Bankaktien, Renten und Montanwerthe waren schwach, österreichische Bahnen nachgebend, Schweizer Bahnen still und wenig verändert, Kassebanken still, Leipziger Kredit 0,50 niedriger, Bergwerke schwach, Industriepapiere matt, deutsche Fonds schwächer. Privatdiskont 1¾ Proz.

Frankfurt a. M., 21. Febr. Credit 214⅛. Staatsbahn 173¾. Lombarden 60¾. Galizier 154,00. Egypter 73,00. 4proc. Ungar. Goldrente 77,30. Disconto 187,50. 80er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Besser.

Wien, 21. Februar. Credit 268,25. Staatsbahn 215,25. Lombarden 76,75. Nordwestb. 152,50. Marknoten 62,22½. Ung. Credit 271,00. Ruhig.

Paris, 21. Februar. (Schluß.) Rente 81,35. Anleihe 106,00. Italiener 93,60. Staatsbahn 431,25. Lombarden 170,00. do. Prioritäten —,—. Spanier 67,06. Egypter 378,75. Ottomanen 501,25. Neue Anleihe —. Türken —. Behauptet.

London, 21. Februar. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102⅛. 1873er Russen 81[illegible]. Italiener 92[illegible]. Lombarden 6[illegible]. Konv. Türken 13[illegible]. 4proc. fundirte Amerikaner 129[illegible]. 4proc. Ungar. Goldrente 76[illegible]. Oesterr. Goldrente 86. Preuß. Consols 105[illegible]. Egypter 74[illegible]. Neue Egypter 101[illegible]. Garant. Egypter 103[illegible]. Ottomanbank 9[illegible]. Suez-Aktien 83[illegible]. Spanier 66[illegible]. — Stimmung: Matt. — Wetter: Kalt.

Amsterdam, 21. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März —, per Mai —, geschäftslos. Roggen per März 103, per Mai 102.

Paris (Produkten), 21. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 24.25, per Mai-August 24.30, fest. Spiritus per Februar 46.25, per Mai-August 47.00, ruhig. Rüböl per Februar 51.50, per Mai-August 51.50, weichend.

Lokales und Sächsisches.

— Rechtsanwalt Theod. Hagen in Zittau erhielt das Ritterkreuz 1. Kl. vom Albrechtsorden.

— Landtag. Den einzigen Berathungsgegenstand der gestrigen Sitzung der 2. Kammer bildete der Bericht der Rechenschafts-Deputation über den Rechenschaftsbericht auf die Finanzperiode 1884/85. In die Berichterstattung theilten sich die Abgg. Grahl, Uhlmann-Stollberg und Baisenge. Wie schon erwähnt, beantragt die Deputation bei dem Kapitel der „Leipz. Ztg." in der Erwartung, hierdurch eine Ersparniß von ca. 54,000 Mk. zu erzielen, der Regierung zur Erwägung anheim zu geben, ob es sich nicht empfehle, die betreffs der Herstellung der „Leipz. Ztg." und des „Dresd. Journ." abgeschlossenen Verträge zu kündigen und die Herstellung der beiden Zeitungen zur Concurrenz auszuschreiben. Abg. Dr. Mehnert wendet sich gegen eine Stelle in dem Deputationsbericht, an welcher es heißt: „Noch immer ist es nicht gelungen, die einst unter den öffentlichen Blättern so hervorragende „Leipz. Ztg." zu neuem Aufschwung zu bringen; die Abonnenten haben sich ebenso wie die Einnahmen für Insertionsgebühren von Jahr zu Jahr vermindert." Er weist nach, daß sich die Abonnentenzahl stetig, wenn auch langsam, vermehrt hat, und richtet an die Deputation die Frage, ob ihre gegen die angesehene Firma Teubner ausgesprochene Beschuldigung, als ob dieselbe die Herstellungskosten zu theuer berechne, auf einem sachverständigen Gutachten beruhe. Weiter führte er einige Momente an, um zu zeigen, daß die angerechneten Kosten den Verhältnissen vollkommen entsprächen. Ref. Grahl entgegnet, selbstverständlich habe die Deputation ihre Entschließung auf Grund sachverständiger Gutachten getroffen. Gegenwärtig betrage der Herstellungspreis für den Druckbogen 59 Mk., während die Deputation den Betrag von 54 Mk. für angemessen erachte. Bei dieser Berechnung werde die erwähnte Ersparniß von 54,000 Mk. erzielt werden. Abg. Müller-Colditz erklärt, es habe ihm im Interesse der conservativen Partei unangenehm berührt, in Herrn Dr. Mehnert einen so warmen Vertreter der Teubner'schen Buchdruckerei gefunden zu haben. Er für seine Person habe die Ueberzeugung, daß diese Druckerei seit Jahren einen übermäßig hohen Gewinn aus der „Leipz. Ztg." gezogen habe, und wünsche, daß die Kammer durch Annahme des Deputations-Antrags die gleiche Meinung ausspreche. Dr. Mehnert entgegnet dem Vorredner, er möge es ihm selbst überlassen, zu beurtheilen, ob etwas im Interesse seiner Partei liege oder nicht. Der Firma Teubner liege übrigens durchaus nichts daran, daß der Antrag abgelehnt werde, im Gegentheil, dieselbe wünsche, daß endlich einmal Klarheit in dieser Frage geschaffen werde. Nachdem Abg. Philipp den Dep.-

Kunstgewerblichen Zimmerschmuck
kauft man vortheilhaft bei
E. Kreinsen, Amalienstrasse, Ecke Serrestrasse.

SLUB
Wir führen Wissen.